

## POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

August 2004

### Initiative zur Investorengewinnung: Gesetzesänderung soll Gründungswelle bei Industrieparks auslösen

„Stärkung der Eigenverantwortung“ lautet eines der Schlagwörter, die ungeschrieben über allen Reformen der zweiten Regierung von Premier Mikuláš Dzurinda stehen. Die aktuelle politische Debatte wird dominiert durch die Frage, wie die Kommunen ihre Einnahmen und ihre Infrastruktur in Zukunft in eigener Regie deutlich verbessern und damit wesentlich eigenständiger als bisher handeln können. Dies wird vor allem auf zwei Ebenen diskutiert.

Zum einen sollen die Kommunen künftig stärker an den Steuereinnahmen des Staates beteiligt werden als bisher. Zum anderen sollen sie im günstigsten Fall in Zukunft in der Lage dazu sein, ganz aus eigener Kraft, also anders als bisher *ohne* zugkräftige Versprechungen des Staates, Investoren anzulocken. Aktuell ist das Thema im Zusammenhang mit der Diskussion um die Veröffentlichung von Verträgen zwischen der slowakischen Regierung und ausländischen Großinvestoren brisant. Vor allem im Fall Kia/Hyundai wird der Regierung von der Fachöffentlichkeit vorgeworfen, allzu große Zugeständnisse gemacht zu haben. Auch derartigen Auseinandersetzungen soll für die Zukunft die Grundlage entzogen werden.

Die Reform der kommunalen Finanzen soll im Herbst diesen Jahres unter Dach und Fach sein. Wesentlich zähflüssiger verläuft die Debatte über Anreize für Investoren allein von Seiten der Kommunen. Das hängt damit zusammen, dass sie - noch stärker als die Auseinandersetzung über die Beteiligung der Gemeinden an den Einnahmen des Fiskus – an besondere Empfindlichkeiten in der Slowakei rührt. Denn mit der Aufforderung an die Kommunen, sich in Zukunft selbst um Investoren zu kümmern, sind zumindest indirekt einmal mehr die Strukturunterschiede zwischen West- und Ostslowakei angesprochen. Die Kommunen in der Ostslowakei sehen sich momentan größtenteils noch außer Stande, Investoren attraktive Rahmenbedingungen zu bieten; zumal sie überwiegend noch nicht einmal über eine zeitgemäße verkehrstechnische Anbindung verfügen.

In der Regierung sieht man diese Probleme. Finanzminister Ivan Mikloš (SDKÚ) und Wirtschaftsminister Pavol Rusko(ANO) sind sich darüber einig, dass in Zukunft vier Regionen mit Priorität gefördert werden müssen, nämlich Nitra, Banská Bystrica, Prešov und Košice. Unterstützt werden abgesehen vom massiven Ausbau der Autobahnen, für den vor allem der für die Gewinnung von Investoren Feder führende Wirtschaftsminister plädiert, über einen für die vier Regionen besonders günstigen Verteilungsschlüssel bei den kommunalen Finanzen und über eine vermehrte Ansiedlung von Industrieparks in diesen Gebieten.

Bisher gelten für die Gründung eines Industrieparks folgende Kriterien: Es müssen mindestens drei Investoren gefunden werden, die in einer gemeinsamen Zone angesiedelt werden können. Der Gemeinde werden 70 Prozent der im Zusammenhang mit der Investorengewinnung entstandenen Kosten vom Staat zurückerstattet. Auf den ersten Blick scheinen diese Bedingungen leicht zu erfüllen. Doch es sei noch einmal daran erinnert: Wegen der schlechten Verkehrsanbindung der Ostslowakei tun sich dort etliche Kommunen schon schwer genug damit, überhaupt einen Investoren zu gewinnen.

Das Problem ist nicht neu. Schon ein Jahr nach der Verabschiedung des immer noch geltenden Gesetzes über die Ansiedlung von Industrieparks wurde, noch unter Ruskos Amtsvorgänger Robert Nemcsics, Bedarf für eine gründliche Überarbeitung der Vorschriften gesehen. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, László Pomothy, sprach dann im Juli vergangenen Jahres bei einer internationalen Investorenkonferenz in Komárno erstmals öffentlich ganz offen über die dringende Notwendigkeit einer Gesetzesnovellierung. Er verwies dabei nicht nur auf den bis dahin eher mäßigen Erfolg des Gesetzes, sondern verglich die Situation in der Slowakei

auch mit der in Ungarn. Dort gab es zum damaligen Zeitpunkt schon mehr als 200 Industrieparks oder als zur Entwicklung zum Industriepark bestimmte Zonen. In der Slowakei gibt es bisher acht Industrieparks; die Zahl der zur Entwicklung zum Industriepark bestimmten Zonen ist nicht bekannt. Pomothy wies damals auch ausdrücklich auf Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Kooperation von Industrieparks und die damit verbundene Aussicht auf EU-Gelder zur Strukturförderung hin.

Die Neufassung des Gesetzes über die Ansiedlung von Industrieparks soll nun bis Ende diesen Jahres den Slowakischen Nationalrat passieren. Danach soll es ausreichen, wenn eine Kommune einen einzigen Investor gewinnen kann. Der Gemeinde sollen außerdem in Zukunft 90 Prozent der im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Investors entstandenen Kosten vom Staat zurückerstattet werden. De facto wird es sich bei diesen Geldern um Fördermittel aus EU-Fonds handeln.

Die ausgewiesenen Industrieparks der Slowakei sind: Kechnec (z.B. Molex), Devinská Nová Ves (z.B. Faurecia), Strážske (z.B. Chemko), Vrábľe (z.B. UPS) , Sládkovičovo (z.B. Monzolit-Fibron), Chemes – Humenné (Rhodia Industrial Yarns), Malý Krtíš (noch keine Investoren) und Levice – Géňa (noch keine Investoren). Drei davon, Kechnec, Devinská Nová Ves und Levice – Géňa, werden vom Staat oder vom Staat in Zusammenarbeit mit einem Privatinvestoren geführt; die übrigen werden vollkommen privat betrieben.

Oberste Priorität hat aus Sicht der dem slowakischen Wirtschaftsministerium direkt zugeordneten Investitionsagentur Sario der Ausbau des nur 18 Kilometer von Košice und damit auch nur unweit vom U.S. Steel-Gelände entfernt liegenden Industrieparks in Kechnec, der im Herbst vergangenen Jahres eröffnet wurde. Die Nähe zum unter US-amerikanischer Ägide geführten Stahlproduzenten weckt Hoffnungen auf eine nicht nur aus industrieller Perspektive blühende Landschaft rund um die zweitgrößte slowakische Stadt.

Noch ist es zu früh zu beurteilen, ob diese berechtigt sind oder nicht. Wer mit offenen Augen durch die Ostslowakei fährt, sieht alsbald, dass sich schon die Anwesenheit nur einiger Investoren sofort deutlich bemerkbar macht. Paradebeispiele hierfür sind die Städte Humenné und Michalovce, die inzwischen beide mit einem hervorragend modernisierten Stadtkern glänzen können.

Jedenfalls ist unbestritten, dass die Gründung von Industrieparks nur eine von mehreren Möglichkeiten ist, die Wirtschaftstätigkeit in einer Kommune zu fördern. Noch gibt es zu wenige, und die in ihnen vertretenen Branchen sind

noch zu wenig diversifiziert, um wirklich Hinweis auf einen attraktiven Standort zu sein. Momentan sind die Industrieparks eher noch ein Indiz für den “good will” einer Kommune, einen Investor mit offenen Armen zu empfangen, als ein echtes Signal für günstige Rahmenbedingungen auch in anderer Hinsicht. Erinnert sei hier nur daran, wie schwer sich Investoren momentan in der Slowakei bei der Suche adäquat ausgebildeter Arbeitskräfte tun.

Nach Meinung nicht nur des Wirtschaftsministers soll der Ausbau der bestehenden und die Ansiedlung neuer Industrieparks daher von weiteren Infrastrukturmaßnahmen begleitet werden. Außer für den schon erwähnten Ausbau der Autobahnen plädiert Rusko selbst für eine Art netzweise Erschließung der Slowakei durch Auslandsinvestoren und den rapiden Umbau der Hochschulen. Er stellt sich vor, dass jeder Auslandsinvestor nicht nur Stimulus für die Kommune ist, in der er aktiv ist, sondern auch Impulse in angrenzende, aber weniger entwickelte Regionen gibt. Außerdem sollen die größten Unternehmen des Landes die Hochschulen dabei unterstützen, Studiengänge zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der in der Slowakei vertretenen Branchen abgestimmt sind.

Ob sich Rusko damit in der Koalition durchsetzen kann, steht derzeit noch in den Sternen. Mancher wirft ihm vor, mit seinen Ideen schon ein wenig die Bodenhaftung verloren zu haben, etwa angesichts des Umstandes, dass Bildungsminister Martin Fronc (KDH) derzeit im Parlament noch nicht einmal eine Mehrheit für die Erhöhung der Hochschulgebühren und damit für die Neuregelung eines Details der Reform des Bildungssektors findet. Außer Frage steht jedoch, dass die wirtschaftliche Wiederbelebung des Ostens höchst strategisch vor sich gehen muss, damit die Slowakei im harten Kampf um Investoren gerade innerhalb der Visegrad-Staaten nicht an Boden verliert.

Bratislava, den 16. August 2004

Dr. Stefan Gehrold  
(Leiter des Verbindungsbüros)

Karin Bachmann  
(freie Journalistin)